

Deutsch-schweizerisches Gespräch in Konstanz

R. R. Das Verhältnis zwischen der Schweiz und Deutschland war in den letzten Jahrzehnten manchen Wandlungen ausgesetzt. Zur natürlichen Spannung zwischen der mitteleuropäischen Großmacht mit ihrer Dynamik und dem neutralen Kleinstaat mit seinem Willen zur Selbstbehauptung kam in den dreißiger und vierziger Jahren die direkte Bedrohung durch ein Regime im Nachbarland, das zwar bald im Morast erstarrte, in den es Deutschland und die Welt hineingezogen hatte, das aber in den weltpolitischen Veränderungen, die es auslöste, noch immer allgegenwärtig ist und durch seine Untaten noch lange ins Gedächtnis der Völker eingebrannt bleiben wird.

Die Bundesrepublik hatte als Nachfolgestaat des Dritten Reichs nicht nur ein neues Gleichgewicht im Innern, sondern auch eine neue Vertrauensbasis gegenüber der Umwelt zu schaffen. In beiden Richtungen hat der junge Staat rasch an Boden gewonnen. Zwar war er sicher hier wie dort durch objektive Faktoren begünstigt. Die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigte die innenpolitische Stabilisierung, und die weltpolitische Konstellation förderte die Wiedereingliederung in die westliche Völkergemeinschaft. Das ändert aber nichts am Tatbestand, daß eine politische Leistung vorliegt, die Anerkennung verdient und sie auch in weiten Teilen der Welt findet. Die herzliche Sympathie, mit der letzte Woche Bundespräsident Lübke vom Schweizervolk empfangen worden ist, war ein deutlicher Beweis dafür.

Europabegeisterung

Daß der grundlegende Prozeß der Vertrauensbildung trotz dem noch nicht abgeschlossen ist, zeigte der Verlauf eines «Deutsch-schweizerischen Gesprächs», das am vergangenen Wochenende auf Einladung des «Kuratoriums Unteilbares Deutschland» sowie der schweizerischen und der deutschen Europa-Union im stimmungsvollen Rahmen stattfand, den die Konferenzstadt Konstanz solchen Veranstaltungen zu geben vermag. Zunächst schien es zwar, als ob die Begegnung die Sphäre unverwundlicher Konzilienz nicht verlassen würde. Selbst hartgesottene schweizerische Parlamentarier, die es sonst am Verhandlungstisch mit den Sozialpartnern nicht an realpolitischem Sinn und zielstrebigem Zuhilfenahme lassen, fühlten sich zu politischen Postulaten und Visionen angeregt, deren apodiktische Verteidigung im politischen Alltag, in dem es um konkrete Positionen und Resultate geht, den Gang der Gespräche wohl eher hemmen als fördern würde. Und ein besonders vehementer Europäer aus Basel entwickelte unter dem Titel «Der nationale Beitrag in der heutigen europäischen Situation» eine Konzeption, die dem *spekulativen Leitbild eines europäischen Bundesstaats* zu stark verpflichtet war, als daß sie noch Raum für die Einbeziehung von Gesichtspunkten des politischen Möglichen gelassen hätte. Unter dem Stichwort des «Drängens der Weltzeit» kam er zum Schluß, daß es kein vernünftiges Argument gegen die sofortige Förderung Europas gebe. Folgerichtig bezeichnete er deshalb die Preisgabe der Souveränität als den entscheidenden nationalen Beitrag der einzelnen Staaten. Für die Schweiz bestünde er im Verzicht auf die Neutralität. Von den Deutschen würde er eine einschneidende Modifizierung der Wiedervereinigungspolitik verlangen. Der Referent stellte dabei das Postulat in den Vordergrund, die Zweiteilung Europas zu überwinden. Zu diesem Zweck sollte zunächst das freie Europa integriert werden, was zugleich den vorläufigen Verzicht auf die Einigung Deutschlands bedingen würde. Damit aber wäre — immer nach Ansicht des Europäers Ernst von Schenck aus Basel — die Voraussetzung für jene notwendigen glaubhaften Offenheiten zur Friedenssicherung in Europa geschaffen, die es dem Osten ermöglichen sollten, auf echte Verhandlungen über den Zusammenschluß Gesamteuropas einzutreten. Konkret gesagt, würden diese Angebote darin bestehen, die westliche Verteidigungsgemeinschaft zu «europäisieren» und dem Kontinent den Status der bewaffneten Neutralität nach schweizerischem Muster zu verleihen.

Der Wert der schweizerischen Neutralität

Diese Konzeption war nicht allein als Illustration dafür interessant, wohin selbst ein auf schweizerischem Boden gewachsener «Europäismus» in letzter Konsequenz führen kann. Sie stellte vielmehr Tendenzen mit letzter Schärfe heraus, die an der Konstanzer Tagung von verschiedenen Seiten in mehr oder minder moderierter Form vorgetragen wurden. Es gab auch andere Schweizer, die einer Preisgabe der Neutralität das Wort redeten. Sie mußten sich aber von Landsleuten sagen lassen, daß eine im Geist der Solidarität praktizierte Neutralität keineswegs im Gegensatz zum Europagedanken zu stehen brauche, sondern in der gegenwärtigen Situation vielmehr einen konstruktiven Beitrag zum Fortschritt Europas darstellen könne. Und wenn die deutschen Votanten durchweg Verständnis für den «Sonderfall Schweiz» bekundeten, so hatte man den Eindruck, daß es nicht aus der bloßen Höflichkeit des Gastgebers heraus, sondern aus echtem Verständnis für unsere Lage geschah. Auf entschiedensten Widerspruch aber stieß nicht nur im Schweizer Lager die These von einer Neutralisierung Europas. Es wurde energisch darauf verwiesen, daß wir unsere Freiheit der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft verdanken und daß die europäische Einigung weltpolitisch gesehen nur den Sinn haben kann, diese Gemeinschaft noch zu stärken.

«Unteilbares Deutschland»

Die Diskussion der schweizerischen Belange stand indessen keineswegs im Zentrum der Gespräche. Sie wurden vielmehr eindeutig durch die spezifisch deutschen Anliegen dominiert. Man gewann von Anfang an den Eindruck, daß die Tagung für die deutschen Teilnehmer vor allem als Gelegenheit aufgefaßt wurde, beim südlichen

Nachbarn Verständnis für jenes Problem zu wecken, dessen Schatten nach wie vor nicht nur über der deutschen Innenpolitik, sondern auch über den internationalen Beziehungen im allgemeinen lastet. Zwar brachten die schweizerischen Teilnehmer in der Folge deutlich zum Ausdruck, daß sie nicht nach Konstanz gekommen seien, um die Frage der Wiedervereinigung zu diskutieren. Sie ließen sich aber nicht mehr ausklammern, und im Rückblick kann gesagt werden, daß kein Anlaß besteht, dies zu bedauern. Der Kongreß wurde nämlich dadurch aus der Sphäre der unverbindlichen Deklamationen allgemeinen Charakters auf den Boden der harten Wirklichkeit heruntergeholt und vor eine konkrete Problematik gestellt, wie man sie sich «heißer» nicht denken könnte. Es spricht für den hohen Tragfähigkeitsgrad der deutsch-schweizerischen Beziehungen, daß es im weiteren Verlauf zu einem offenen und ungeschminkten Dialog kam, der ohne die geringsten Anzeichen der empfindlichen Weidigkeit vergangener Tage in einem ungetrübten Geiste der Fairness und Freundschaft ausgetragen wurde.

Obwohl in den deutschen Voten zur Wiedervereinigung ganz verschiedenartige Untertöne und Nuancen mitschwangen, standen sie doch deutlich unter dem einen Motto: «Wir dürfen uns nicht an die Ketten der deutschen Minderheit im Osten gewöhnen.» Ein prominenter Vertreter des «Kuratoriums Unteilbares Deutschland» betonte mit Nachdruck, daß die Forderung nach Wiedervereinigung weder einem akuten Rückfall in die Vorstellungen des nationalstaatlichen Zeitalters noch einem Wiedererwachen des deutschen Sendungsbewußtseins entspringe. Sie sei vielmehr Ausdruck der Verantwortung der glücklicheren Bewohner der Bundesrepublik für siebzehn Millionen Menschen, die ihnen mitgegeben und an deren Schicksal die Bürger Westdeutschlands mitschuldig seien. *Eduard Spranger*, der ein Stück deutscher Geistesgeschichte verkörpert und dessen persönliches Schicksal vielfältig mit dem der deutschen Lande hinter dem Eisernen Vorhang verknüpft ist, brachte diesen vorwiegend menschlichen Aspekt des Problems mit besonderer Würde zum Ausdruck: «Wir verdienen kein Mitleid nach allem, was geschehen ist», sagte er, «aber darum, sich in die Situation des deutschen Volkes zu versetzen und sich zu vergegenwärtigen, daß der Schnitt mitten durch ein gemeinsames Geschichtsbewußtsein, durch Familien und mannigfaltigste geistige und persönliche Beziehungen hindurchgeht. Unter dem Hinweis auf die kräftige, im Selbstbestimmungsrecht begründete Freiheitstradition der Eidgenossenschaft gab er in diesem Zusammenhang seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß sich kein schweizerischer Gesprächsteilnehmer bereitgefunden hatte, dieses Selbstbestimmungsrecht ausdrücklich auch den Deutschen zu konzedieren.

Schweizerische Zurückhaltung

Die schweizerischen Vertreter blieben die Erklärung für diese scheinbar widersprüchliche Haltung nicht schuldig. Sie verwiesen auf die Diskrepanz zwischen dem deutschen Selbstverständnis und den Empfindungen der Umwelt. Die Bundesrepublik mag sich als Rumpfstaat fühlen, dem imperialistische Ambitionen völlig fern liegen. Für den Kleinstaat und auch für andere Länder Europas aber stellt Deutschland mit seinem kräftigen Dynamismus nach wie vor eine gewaltige Kraft dar, deren weitere Entfaltung mit einiger Zurückhaltung verfolgt wird. Dazu kommt der Umstand, daß dem Schweizer das Schicksal der unterdrückten Völker Osteuropas mindestens so nahegeht wie das der Ostdeutschen. Er ist daher nicht bereit, die deutsche Frage aus dem Gesamtzusammenhang herauszulösen. Zwar weiß er, daß sich die Regierung der Bundesrepublik und mit ihr die Mehrheit der Bevölkerung ausdrücklich zum Prinzip der unteilbaren Freiheit bekennen und sich der Rangordnung der Probleme bewußt ist. Er hat aber auch deutlich in Erinnerung, daß die neuere Geschichte Deutschlands durch eine politische Labilität charakterisiert war, die es militante Minderheiten erlaubte, das Volk für abenteuerliche Zielsetzungen zu gewinnen. So schmerzlich das für die Deutschen sein mag, diese Dinge lassen sich nicht so leicht aus dem Gedächtnis eines kleinen Volkes verbannen, das von Natur aus zu Vorsicht und Wachsamkeit neigt. Ein schweizerischer Vertreter gab außerdem zu bedenken, daß dem Abbau dieser Vorbehalte auch bestimmte Erscheinungen der Gegenwart entgegenstehen. «Wir haben es in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschen immer wieder erfahren müssen, daß es diesen oft unmöglich zu sein scheint, horizontal zu reagieren. Es läuft fast durchweg auf ein vertikales Verhältnis hinaus, meist von oben nach unten, gelegentlich auch von unten nach oben.»

Dieser Umstand hat auch auf die Integrationspolitik seine Auswirkungen. Abgesehen von dem Verdacht, daß der deutsche Wunsch nach Integration in erster Linie durch die Aussichten auf eine verbesserte Ausgangslage in der Wiedervereinigungsfrage diktiert sein könnte, herrscht in schweizerischen Wirtschaftskreisen einige Skepsis im Hinblick auf eine mögliche europäische Wirtschaftsgemeinschaft unter deutscher Hegemonie. Das Schweizervolk kann sich eine engere internationale Zusammenarbeit nur auf der Basis der Partnerschaft vorstellen. Ein deutscher Politiker unterstrich diesen Tatbestand mit dem Hinweis, daß hier auch das beständige Mißtrauen eines traditionell parlamentarischen Staatswesens gegenüber einem Land, dessen Geschichte mehr im Zeichen der Beamtenherrschaft und des Obrigkeitstaats gestanden hat, stark hineinspielt.

Die Duplik der Deutschen

Die Art und Weise, wie diese ungeschminkte Replik der Schweizer aufgenommen wurde, gehört zu den erfreulichsten Eindrücken dieser auch im

ganzen erfreulichen Tagung. Es wurden keine Ausflüchte gemacht. Es wurde auch nicht versucht, den Argumenten durch einen gewiß nicht ganz unberechtigten Hinweis auf die schulmeisterlichen Neigungen der Nachfahren Pestalozzis das Gewicht zu nehmen. Den realpolitischen Erwägungen wurde die nicht minder realpolitische Überlegung entgegengestellt, daß ja gerade die enge Verflechtung Deutschlands mit dem Westen, wie sie durch die Integration einträte, die beste Garantie gegen ein neues Ausbrechen aus der westlichen Völkergemeinschaft und eine Reaktivierung nationalistisch-imperialistischer Tendenzen bilden würde. Es fehlte andererseits auch nicht das Eingeständnis, daß der osteuropäische Gesamttrahnen der Problematik vielleicht bisher zu wenig durchdiskutiert worden sei. Und es wurde außerdem die dringende Notwendigkeit einer handelspolitischen Koordination der freien Welt gegenüber dem Ostblock betont.

Das Ceterum censeo aber lautete, die Außenwelt möchte doch endlich glauben, daß sich im deutschen Volk wirklich eine Sinnesänderung angebahnt habe, daß es in seiner überwältigenden Mehrheit der Freiheit als der obersten Loyalität verpflichtet sei, daß es aber gerade im Rahmen seiner gesamteuropäischen Verantwortung die nicht minder freiheitsdurstige Minderheit in der Ostzone nicht fallenlassen könne, ohne in den Augen der Welt im Sinn der Bibel als «fauler und ungetreuer Knecht» zu erscheinen. Daß dabei die Priorität der internationalen Interessen gewahrt bleibe, hänge nicht zuletzt auch vom Maß des Vertrauens ab, das die westlichen Partner der Bundesrepublik entgegenzubringen bereit seien.

Es kann nicht Aufgabe solcher Kongresse sein, zu konkreten Ergebnissen zu gelangen. Es geht vielmehr darum, die Positionen gegenseitig klären und eine Atmosphäre schaffen zu helfen, die eine ersprießliche Zusammenarbeit auf verantwortlicher Ebene erleichtert. So betrachtet, hatte die Konstanzer Tagung bestimmt Sinn und Berechtigung. Sie bot Gelegenheit zu einer Zwischenbilanz, die ein Versprechen für die Zukunft darstellt.

Das «deutsch-schweizerische Gespräch» vom 8./9. Juli in Konstanz kam auf eine schweizerische Anregung hin zustande. Es führte etwa 150 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammen. Die Tagung wurde durch den Vizepräsidenten des Nationalrats, *Walter Bruggli*, eröffnet. Drei Arbeitsgruppen diskutierten den politischen, wirtschaftlichen und nationalen Beitrag Europas zu den Problemen der Gegenwart, wobei allerdings die Frage der deutschen Wiedervereinigung deutlich dominierte. Den gesellschaftlichen Höhepunkt bildete ein Empfang im Insel Hotel durch die badisch-württembergische Landesregierung, an dem Ministerpräsident *K. G. Kiesinger* das freundschaftliche Verhältnis der beiden Länder in sympathischen Worten feierte.

Tagungen

Stiftungsrat Pro Juventute

ag Unter dem Vorsitz von Bundesrat Spühler fand am 12. Juli in Bern die ordentliche Jahresversammlung des Stiftungsrates Pro Juventute statt. Als neue Mitglieder wurden in den Stiftungsrat gewählt: Frau Nelly Morell-Vögtli (Muri bei Bern), Frau Suzanne Oswald, Redaktorin (Zürich), und Dr. Vicente Tuason, Generaldirektor PTT (Bern).

Mit Genugtuung und Dankbarkeit nahm der Stiftungsrat Kenntnis vom prächtigen Ergebnis der letztjährigen Pro-Juventute-Marken- und Kartenaaktion, die einen Nettoerlös von rund 3 200 000 Franken brachte. Mit diesen der Stiftung gespendeten Devisenberechnungen sowie weiteren ihr anvertrauten Mitteln und Zuwendungen, zusammen rund 8 Millionen Franken, konnte Pro Juventute im vergangenen Jahr wiederum mannigfaltige Aufgaben zugunsten unserer Jugend durchführen. Der Stiftungsrat dankt dem Schweizervolk herzlich für die der Stiftung Pro Juventute stets bekundete Sympathie. Besonders dankt er den Tausenden von freiwilligen Pro-Juventute-Mitarbeitern im ganzen Land, deren unermüdliches Wirken in zahlreichen Werken für die Jugend Ausdruck findet.

Jahresbericht und Rechnung für 1960/61 wurden gutgeheißen. Als Jahreszweck der Stiftungstätigkeit 1961/62 steht die Hilfe für Mutter und Kleinkind im Vordergrund.

Nach der Sitzung besuchten die Mitglieder des Stiftungsrates das an der Hypsa ausgestellte Pro-Juventute-Ferienhaus sowie die Pro-Juventute-Freizeitanlage, die nach Beendigung der Hypsa in der neuen Wohnsiedlung «Tscharnerngut» in Bümpliz definitiv aufgestellt wird.

Regionalplanungsgruppe Nordwestschweiz

ag Die 1945 gegründete Regionalplanungsgruppe Nordwestschweiz, umfassend die Kantone Aargau, Solothurn, Baselstadt und Baselland, hielt unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Dr. Joseph Koller (Baden) in Gerlafingen ihre diesjährige Jahresversammlung ab. Ihren Rücktritt aus dem Vorstand erklärten Regierungsrat Otto Stampfli (Biberist) und Willy Arnold, Architekt (Liestal). Neu in den Vorstand gewählt wurde Regierungsrat Dr. Hans Erzer (Solothurn). Da die Vereinigung ihre Hauptaufgabe in der Förderung der Regionalplanung erblickt, schloß sich an den geschäftlichen Teil der Generalversammlung eine Vortragstagung an, die sich mit aktuellen Problemen der Planung befaßte. Rolf Meyer (Planungsexperte, Zürich) sprach über «Planungsprobleme und Planungsorganisation in der Region Solothurn». Adolf Lüsser (Leiter der kantonalen Planungsstelle, Solothurn) befaßte sich mit dem «Stand der Regionalplanung im Kanton Solothurn», und Fortunat Fontana (Kantonsingenieur, Solothurn) beleuchtete «Spezielle Aspekte der Linienführung der Autobahnen im Kanton Solothurn».

Der Disput um Gollwitzer

Eine verfehlt Parallelle

Unter dem Titel «Eine Reminiszenz zum Fall Gollwitzer» ließ die «NZZ» am 7. Juli (Nr. 2564) eine Einsendung erscheinen, in der Prof. H. F. Pfenniger eine eventuelle Berufung des Theologen Hellmut Gollwitzer auf einen Basler Lehrstuhl mit den Erfahrungen in Parallele setzt, die die Juristische Fakultät der Universität Basel seinerzeit mit der Wahl Prof. A. Baumgartens machen mußte. Der Verfasser möchte der Basler Universität eine Wiederholung des unerquicklichen Zustandes ersparen, der sich aus der Wirksamkeit eines Dozenten ergab, bei dessen Berufung die prokommunistische Gesinnung des Anwärters bagatellisiert wurde.

Die Berechtigung dieses Anliegens wie auch die Darstellung des Falles Baumgarten steht hier nicht zur Diskussion. Was mich zur Entgegnung zwingt, ist die von Prof. Pfenniger gezogene Parallelle, die in Wahrheit keine Parallelle ist. Da es mir völlig fern liegt, die bona fides des Verfassers in Frage zu stellen, kann nur Unkenntnis des Verfassers über die in Wort und Schrift klar bezeugte Haltung Gollwitzers dazu geführt haben, Parallelen zwischen diesem und dem schließlich zum juristischen Gewährsmann Pankows avancierten Prof. Baumgarten zu ziehen und dann nach Analogieschluß aus einer eventuellen Wahl Gollwitzers nach Basel eine Bedrohung unseres schweizerischen Rechtsstaates abzuleiten. Ich bin durchaus kein Anhänger Gollwitzers, muß ihm aber in vollem Umfang recht geben, wenn er die Insinuation prokommunistischer Neigungen als schlichte Verleumdung empfindet und zurückweist. Prof. Gollwitzer ist in seiner Analyse des dialektischen Materialismus mindestens ebenso hellsehend und scharfsinnig wie der große Haufe derer, die dem regulären antikomunistischen Kurs folgen. Wenn er sich an verschiedenen Punkten nicht an diese Normalroute hält, hat dies nicht das geringste mit einer latenten oder potentiellen Sympathie gegenüber dem sowjetischen Totalstaat zu tun, sondern ist darin begründet, daß er die Art und Weise, wie im Westen und oft auch im Raum der westlichen Kirchen die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus geführt wird, für fragwürdig hält. Nicht in der Gegnerschaft gegen den Totalstaat, sondern in der Kampfweise gehen Gollwitzer und seine Freunde unorthodoxe Wege. Dabei war und ist ihr innerstes Anliegen, daß sich die Kirche nicht kurzerhand in eine politische und militärische Front einreihen läßt, sondern von dem ihr gemäßen, am Evangelium orientierten Standort aus kämpft. Wer wollte das gerade einem Deutschen verargen, der auf Jahrzehnte zurückblickt, in denen die Allianz von «Thron und Altar», von Volkstum und Christentum eine furchtbar verhängnisvolle Rolle spielte? Sollten wir nicht im Gegenteil froh sein, daß der Kampf der Bekennenden Kirche in der Hitler-Zeit bei Gollwitzer und seinen Freunden die Einsicht zeitigte, daß die Kirche im politischen Ringen aus ihrem eigenen Auftrag heraus selbstständig und unerschrocken Stellung zu beziehen hat? So ist zum Beispiel Gollwitzer zum Schluß gekommen, daß sich die evangelischen Christen in Deutschland gegen die atomare Bewaffnung deutscher Truppen einzusetzen haben, wobei er aber durchaus damit rechnet, daß beim gegenwärtigen Stand des internationalen Ringens und bis zum Gelingen eines Abrüstungsabkommens Kernwaffen in der Hand der Amerikaner zum notwendigen Verteidigungspotential des Westens gehören.

So fragen wir: Ist eine solche Stimme für den Westen untragbar? Ist es nicht vielmehr untragbar, daß eine solche Stimme unterdrückt werden sollte? Trauen wir der Widerstandskraft des Westens so wenig, daß ein Mann wie Gollwitzer als Prokommunist diffamiert werden muß, um ihn als Gefahrenquelle auszuschalten? Steht unser Rechtsstaat tatsächlich auf so schwachen Füßen, daß wir uns in ihm kein wirkliches Gespräch über den besten Weg der Auseinandersetzung mit dem Totalstaat mehr leisten können, sondern gegen eine normative Ideologie nur noch mit einer ebenso eisernen normativen Ideologie vorzugehen wagen — und dabei die Würde und Verheißung, die den Rechtsstaat kennzeichnen, aushöhlen und verraten? Mögen westliche Ideologen auf den Pfaden eines McCarthy wandeln und durch Verdächtigungskampagnen gegen selbständig denkende Persönlichkeiten der Sache der Freiheit einen Bärendienst tun: das ist jedenfalls nicht unsere Sache, wenn uns die konkrete Bewahrung des rechtsstaatlichen Gedankenguts am Herzen liegt.

Wir haben gegen einzelne Überzeugungen Prof. Gollwitzers entschiedene Vorbehalte anzubringen, aber ebenso entschieden setzen wir uns dafür ein, daß er diese Überzeugungen im freien Westen frei äußern darf. Wohl darf sich die Demokratie die Freiheit nicht durch ihre Feinde untergraben lassen — aber nicht der geringste Feind setzt unter ihrem eigenen Dach, nämlich jene Aengstlichkeit, die als einzige Alternative zum Kommunismus nur den Konformismus sieht und darum meint, einen Nonkonformisten mit dem Mittel erledigen zu müssen, das die Amerikaner «character assassination» nennen.

Hans Heinrich Brunner

Zur pendenten Frage der Besetzung des Lehrstuhles von Prof. Karl Barth haben zwei Gruppen von Pfarrern außerhalb Basels in materiell entgegengesetzter Weise Stellung genommen. 36 Bündner Pfarrer ersuchten die Regierung von Baselstadt, auf eine Berufung Hellmut Gollwitzers zu verzichten, da er ein Mann sei, «dessen Koexistenzpolitik Millionen von Christen in aller Welt ein Aergernis bedeutet»; einer «theologisch verbrämten Erweichung der entschiedensten Abwehr gegen ein Gewaltssystem der Gottlosigkeit» könne nicht beigegeben werden. Erstunterzeichner dieser Eingabe ist Pfr. Dr. P. Dalbert, Davos-Dorf.

In einer Resolution geben 51 Zürcher Pfarrer demgegenüber ihrer Freude Ausdruck, daß Prof. Gollwitzer für den vakanten Lehrstuhl in Aussicht genommen sei. Anhand eines Zitats aus einer Schrift Gollwitzers suchen sie zu belegen, daß Gollwitzer «grundsätzlich den Staat und die Landesverteidigung bejahet»; seine Vorbehalte gälten nur der atomaren Aufrüstung der westdeutschen Armee. Auch wenn er in einzelnen Fragen eine andere Stellung einnehme als die Unterzeichner der Resolution, sei er «deswegen für uns als Christ, Theologe und Bürger nicht von vorneherein erledigt». Erstunterzeichner der Resolution ist Pfr. R. Bezzola, Zürich-Hard.